



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Familien und Soziales**
Sitzungsort : **Rathaus, Ratsstiege 1, Großer Ratssaal**
Sitzungstag : **Donnerstag, 15.11.2018**
Sitzungsbeginn : **17:30 Uhr**
Sitzungsende : **19:30 Uhr**

Vorsitz

Frau Hiltrud Krause

Teilnehmer

Herr Wolfgang Bovekamp
Frau Kerstin Horstmann
Herr Bastian Kirsch
Frau Birgit Klashinrichs
Herr Hubert Kobrink
Herr Sayit Kurtulus
Frau Elisabeth Meinders-Koeper
Herr Helmut Mittelbach
Herr Uwe Opitz
Herr Holger Post
Frau Svea Stehmann
Frau Lena Stepien
Herr Florian Westerwalbesloh
Herr Martin Wilke
Herr Michael Zummersch
Herr Arno Zurbrüggen

Verwaltung

Frau Mechthild Gröver
Herr Jakob Schmid

Schriftführerin

Frau Hannelore Rampelmann

es fehlten entschuldigt:

Teilnehmer

Frau Katja Hänsel
Herr Muzaffer Ibik
Herr Ludger Lücke

Herr Mittelbach für Frau Hänsel

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Befangenheitserklärungen	4
2. Niederschrift über die Sitzung vom 25.04.2018	4
3. Antrag der SPD-Fraktion: Sozialer Wohnungsbau Oelde - Perspektive und Fahrplan 2025 Vorlage: B 2018/011/4062/1	4-5
4. Sachbericht Asyl - Etatansätze 2019 im Produkt 05.04.01 Vorlage: M 2018/500/4151	5-11
5. Flüchtlingsbetreuung - Bericht 2018 des Mütterzentrums Beckum e.V. Vorlage: M 2018/500/4152	11-12
6. Sachbericht zur Familienförderung 05.01.05 - Förderung der Seniorenarbeit - Ehrenamtsförderung allgemein 05.03.02 Vorlage: M 2018/500/4154	12-13
7. Etatansätze 2019 Produktbereich 05 - Soziale Leistungen, hier: Freiwillige Leistungen Vorlage: B 2018/500/4158	13-15
8. Verschiedenes	15
8.1. Mitteilungen der Verwaltung	15
8.2. Anfragen an die Verwaltung	15

Vor der Sitzung fand eine Besichtigung des neuen dreigeschossigen Mehrfamilienhauses an der Meienbrockstraße 55a in Oelde statt. Der Geschäftsführer des Bauvereins, Herr Steinhüser, stellt das Objekt den Ausschussmitgliedern vor.

Insgesamt sind zwölf Wohnungen im sozialen Wohnungsbau entstanden. Vier sind rund 92, acht zwischen 60 und 62 Quadratmeter groß. Alle verfügen entweder über eine Terrasse oder einen Balkon. Die Arbeiten befinden sich in der Endphase. Ab Samstag, 1. Dezember, können die ersten Bewohner einziehen. Sechs Wohnungen sind schon vermietet, erklärt Herr Steinhüser. Bis zum 1. Februar sollen auch die restlichen sechs vergeben sein.

Für eine Wohnung bewerben können sich alle, die einen Wohnberechtigungsschein vorlegen können. Sowohl anerkannte Flüchtlinge als auch andere berechtigte Personen sollen in das Mehrfamilienhaus einziehen. Es werde auf eine Mischung der Mietparteien geachtet, damit Integration gelingen könne, sagt die Fachdienstleiterin, Mechthild Gröver.

Öffentliche Sitzung

1. Befangenheitserklärungen

Beschluss: Frau Krause stellt fest, dass sich niemand für befangen erklärt.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 25.04.2018

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt einstimmig die Niederschrift über die Sitzung vom 25.04.2018 zur Kenntnis.

3. Antrag der SPD-Fraktion: Sozialer Wohnungsbau Oelde - Perspektive und Fahrplan 2025 Vorlage: B 2018/011/4062/1

Die SPD-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 9. August 2018 die Verwaltung zu beauftragen, einen Maßnahmen- und Aktionsfahrplan zu erstellen, um der angespannten Lage am Oelder Miet-Wohnungsmarkt, insbesondere im Bereich von Wohnungen mit Mietpreisbindung, bis zum Jahr 2025 entgegenzuwirken.

Der Rat hat den Antrag in seiner Sitzung am 17.09.2018 zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Familien und Soziales verwiesen.

Fachbereichsleiter Jakob Schmid stellt dem Sozialausschuss eine „Oelder Mietpreisbremse“ für Investoren im Wohnungsbau vor. Mit diesem Modell antwortet die Verwaltung auf den Antrag der SPD, um der angespannten Lage, insbesondere im Bereich von Wohnungen mit Mietpreisbindung entgegenzuwirken, erklärt Jakob Schmid.

Ziel ist es, eine Quote von rund drei Prozent mietspreisgebundener Wohnungen, bezogen auf den gesamten Wohnungsmarkt, nicht zu unterschreiten und langfristig zu erhöhen. Investoren sollen demnach städtische Mehrfamilienhausgrundstücke nur erwerben können, wenn sie dort eine Kombination aus Sozialwohnungen, frei finanzierten sowie Wohnungen im mittleren Preissegment anbieten. Darüber hinaus soll der Wohnraum nur an Mieter unterhalb der festgelegten Einkommensgrenze vermietet werden. Der Investor muss sich des Weiteren zu einer Mietobergrenze für acht Jahre verpflichten und den Nachweis gegenüber der Stadt erbringen. Bei Verstoß drohe eine Vertragsstrafe, die so unattraktiv sei, dass es sich nicht lohne, diese in Kauf zu nehmen.

Derzeit gibt es 272 Sozialwohnungen (maximal 5 Euro pro Quadratmeter) in Oelde. Rechnet man die 140 städtischen Wohnungen (3,20 bis 4,80 Euro pro Quadratmeter) hinzu, ergibt das einen Anteil, bezogen auf alle rund 13.200 Wohneinheiten in Oelde, von 3,1 Prozent.

Ergänzend teilt der Wirtschaftsförderer Klaus Aschhoff mit, dass einige Investoren das Modell „Oelder Mietpreisbindung“ im Baugebiet Benningloh II bereits umsetzen. Eine Mietpreisbremse über eine Dauer von acht Jahren sei für Vermieter und Mieter überschaubar.

Arno Zurbrüggen fragt an, ob die Quote nun erfüllt sei und der SPD-Antrag somit gegenstandslos ist.

Florian Westerwalbesloh erklärt dazu, dass doch alle wissen, dass der Bedarf ungebrochen ist. Wir brauchen mehr Häuser, um den Wohnungsmarkt in Oelde zu entspannen. Das Modell „Oelder Mietpreisbremse“ sollen die Fraktionen intern weiter beraten, schlägt er vor.

Auf die Frage, wer denn die Mietstufen für die Städte und Gemeinden festlegt, teilt Jakob Schmid mit, dass dies durch das Land erfolgt, es aber nicht nachvollziehbar ist, wenn Oelde gegenüber Rheda-Wiedenbrück zwei Stufen niedriger eingestuft ist. Er wisse hierzu auch keine Antwort.

Klaus Aschhoff hat hierzu auch keine plausible Erklärung. Er wird sich mit Herrn Hagemeier in Verbindung setzen, um eine Klärung dieser Frage zu erreichen.

Der Antrag der Stadt Oelde mit Blick auf den angespannten Wohnungsmarkt, von Mietenstufe 2 in Mietenstufe 3 eingestuft zu werden, wurde vom Ministerium abgelehnt.

Auf die Frage von Herrn Bovekamp, wie hoch der Bedarf an sozialen Wohnungen ist, antwortet Frau Gröver, dass die Stadt Oelde nur eine Interessentenliste führt, die laufend aktualisiert wird. Die Nachfrage von Personen im Jobcenter bezieht sich überwiegend auf kleinere Wohnungen. Hier gelten mittlerweile Quadratmeterpreise zwischen 6,10 und 6,20 Euro als angemessen.

Herr Kobrink weist noch einmal auf die seiner Meinung nach nicht konkrete Wohnraumbedarfsanalyse im Oelder Süden im Jahr 2018 hin, die zu keinem konkreten Ergebnis geführt habe.

Man ist sich einig, dass dieser Tagesordnungspunkt zunächst an die Fraktionen zur Beratung gegeben werden soll.

Jakob Schmid schlägt vor, dass dieser Tagesordnungspunkt nach den Haushaltsplanberatungen wieder auf die Tagesordnung zur Entscheidung vorgelegt werden soll.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss beschließt, dass dieser Tagesordnungspunkt zunächst zurückgestellt wird. Nach den Haushaltsplanberatungen soll er wieder auf die Tagesordnung zur Entscheidung vorgelegt werden.

4. Sachbericht Asyl - Etatansätze 2019 im Produkt 05.04.01 Vorlage: M 2018/500/4151

Frau Gröver berichtet, dass der vorliegende Bericht zur Asylsituation in Oelde sich auf Änderungen bezieht, die im Laufe des Jahres bis 19.10.2018 eingetreten sind und gibt einen Ausblick auf die Erwartungen für 2019. Sie berichtet anhand der Sitzungsvorlage über die wichtigsten Fakten und nimmt Stellung zu einzelnen Fragen der Sitzungsmitglieder.

1. Überblick über die aktuelle Asylbewerbersituation – Entwicklung in 2016 - 2018

Überblick Wohnsituation - Asyl				
Stichtag	31.12.2016	30.06.2017	15.10.2017	19.10.2018
Bewohner städtischer Übergangwohnheime und städtisch angemieteter Wohnungen				
gesamt	455	416	393	290
Im Leistungsbezug AsylbIG	381	259	260	189
anerkannte Personen (SGB II/ SGB XII)	74	144	133	101
Bewohner städtischer Übergangwohnheime nach Ortsteilen				
Oelde-Kernstadt	248	245	233	179
Stromberg	91	76	75	36
Lette	34	24	22	25
Sünninghausen	35	35	26	19
Bewohner städtisch angemieteter Wohnungen				
	47	36	37	29

Entwicklungen im Asylleistungsbezug				
Stichtag	31.12.16	30.06.2017	15.10.2017	20.10.2018
Personen im Leistungsbezug AsylbLG				
gesamt	381	259	260	189
Statusveränderungen im Kalenderjahr zum Stichtag				
neu zugewiesen	224	6	25	7
Aufenthaltstitel erhalten	69	91	95	13
Darunter Familiennachzüge (SGB II)				9
abgelehnt*		102	107	8
geduldet (ausreisepflichtig)			21	33
abgeschoben	3		2	4
freiwillig ausgereist	10	7	9	8
in andere Kommunen verzogen	10		2	4
von Amts wegen abgemeldet, weil Aufenthalt unbekannt	7	3	5	15
„untergetaucht“ nach Ausreisetermin		8	8	4
Arbeit aufgenommen/ Ausbildung begonnen	3	16	26	63

* Datenbasis nicht valide, Information über negative Entscheidung durch BAMF oder Verwaltungsgericht gehen Kommunen nicht direkt und unmittelbar zu.

Die beiden vorstehenden Übersichten zeigen die in den letzten 20 Monaten im Vergleich zu den Vorjahren eingetretenen Veränderungen deutlich:

- die Asylbewerberzahlen sind insgesamt weiter rückläufig,
- die Anzahl geduldeter Personen dagegen steigt,
- Wohnraum für anerkannte Personen in Oelde zu finden, ist und bleibt schwierig.
- Deutlich wird aber vor allem: ein hoher Anteil der Asylbewerber arbeitet oder hat - dank der in Oelde praktizierten engen Betreuung der jungen Asylbewerber - eine Ausbildung begonnen.

2. Neuzuweisungen – Stand der Asylverfahren - Erwartungen 2019

Die Zielvorgabe der Bezirksregierung Arnsberg, für jede Kommune eine Flüchtlingsaufnahmequote von rund 90% zu erreichen, ist für Oelde im Augenblick gegeben. Bei einer aktuellen Erfüllungsquote von fast

95% sind weitere Neuzuweisungen in größerem Umfang von Asylbewerbern in diesem Jahr nicht zu erwarten.

Auch für 2019 werden sich die Asylbewerberzahlen – gleiche politische und gesetzliche Vorgaben wie bisher - voraussichtlich in ähnlicher Höhe wie im laufenden Jahr bewegen.

Die zweite Verteilungsquote im Rahmen der Wohnsitzzuweisungen erfüllt die Stadt Oelde aktuell zu knapp 60%, das entspricht einem Aufnahmesoll von etwa 135 Personen. Auf diese Quote werden die Flüchtlinge angerechnet, die bereits im Asylverfahren Oelde zugewiesen worden sind und jetzt eine Anerkennung erhalten. „Reale Neuzuweisungen“ müssten zurzeit auf freie Plätze in den städtischen Unterkünften verwiesen werden.

Im Rahmen des Familiennachzuges dürften zusätzliche Personen nach Oelde kommen und ebenfalls Wohnraum benötigen. Hier zahlenmäßige Prognosen abzugeben ist schwierig, weil im Vorfeld keine Daten zu den Familiennachzügen bekannt sind. Die Familienangehörigen reisen in der Regel über ein nationales Visum für den längerfristigen Aufenthalt nach § 6 Abs. 3 AufenthG in die Bundesrepublik ein und haben damit einen Anspruch auf Leistungen beim Jobcenter.

Erstentscheidungen liegen in fast allen Asylverfahren vor, aber es sind noch Klagen gegen die Erstbescheide anhängig, so dass die Asylverfahren als nicht abgeschlossen gelten.

Negativ abgeschlossene Verfahren liegen in 33 Fällen vor, diese Personen sind grundsätzlich ausreisepflichtig. Ihr Aufenthalt wird nur noch geduldet, bis z.B. Ausreisepapiere vorliegen oder andere Ausreisehindernisse beseitigt sind. Das Ausreiseverfahren wird von der Ausländerbehörde des Kreises Warendorf betrieben. Die Stadt Oelde hat keine Einflussnahmemöglichkeiten auf die Dauer dieses Verfahrens.

3. Wohnsituation in den Unterkünften

Weiter berichtet Frau Gröver, dass im Sommer in die neuen Wohnungen in der Unterkunft Gröningsweg 26, 26a Familien vor allem aus der Unterkunft „Am Landhagen 94“ und Einzelpersonen in Arbeit oder Ausbildung eingezogen sind. Das Objekt Gröningsweg wurde global vom Bauverein Oelde angemietet und als Flüchtlingsunterkunft gewidmet.

Der Mietvertrag für das Gebäude Am Landhagen 94 endet im März 2019, daher hat eine schrittweise Räumung bereits begonnen.

Die Renovierung der Reihenhäuser Axthausener Weg 23,23a, 23b wird in den nächsten Wochen abgeschlossen – hier sollen Kleinfamilien und auch Einzelpersonen untergebracht werden, die vorübergehend an den Landhagen 88 und 94 umziehen mussten.

Das Gebäude Im Ketzler 13 steht im Augenblick leer, da dort renoviert werden soll. Im Anschluss wird das Haus entwidmet und kann wieder zur Vermietung auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt genutzt werden.

Da sich an der Lambertus-Schule in Stromberg weiterer Platzbedarf für die OGS abzeichnet, sollen die dort vorhandenen Kapazitäten möglichst im 1. Halbjahr 2019 aufgegeben werden.

Einige weitere anerkannte Flüchtlinge vor allem Familien haben mit Hilfe von Ehrenamtlichen oder den beiden Flüchtlingsbetreuerinnen eine Wohnung finden können. Die Begleitung zu Besichtigungsterminen oder das Gespräch mit den Vermietern ist dabei für eine erfolgreiche Vermittlung maßgeblich.

Alleinstehende junge Männer haben es weiterhin sehr schwer, eine eigene Wohnung zu finden. In der Konsequenz müssen sie weiterhin in den städtischen Unterkünften wohnen, was leider immer wieder zu Konflikten führt.

Einige anerkannte Familien und Einzelpersonen sollen in den nächsten Wochen in das Mehrfamilienhaus Meienbrockstr. 55 einziehen. Die Wohnungen stehen nach der Umwidmung durch den Kreis Warendorf dem freien sozialen Wohnungsmarkt zur Verfügung; Vermieter der Wohnungen ist

der Bauverein Oelde. Von Beginn an wird hier auf eine Durchmischung unter den Mietparteien geachtet, damit Integration gelingen kann.

Insgesamt werden die Unterbringungskapazitäten bis Mitte 2019 um rd. 135 Plätze auf dann ca. 400 Plätze abgebaut sein (Am Landhagen 94 minus 104 Plätze, Im Ketzeln minus 40 Plätze, Schulstraße minus 40 Plätze, Gröningsweg 50 Plätze neu). Ziel sollte eine Höchst-Belegung von ca. 65 % aller Plätze sein.

Diese Belegungsdichte würde zum einen den Bewohnern etwas mehr Wohnfläche zugestehen und andererseits einen vorübergehenden Puffer bei unerwarteten Neuzuweisungen bieten (zur Erinnerung: bei der Ermittlung der Kapazitäten in den Unterkünften wurden 6m² Wohn/Schlaffläche pro Bewohner zu Grunde gelegt!).

Die aktuelle Lage sollte jedoch nicht dazu verleiten, mittelfristig alle städtischen Unterkünfte im Eigentum der Stadt aufzugeben.

4. Flüchtlingsbetreuung – Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe

Die Betreuung durch Kräfte des DRK bis in den frühen Abend und an den Wochenenden in den größeren Unterkünften Am Landhagen, Westrickweg sowie die regelmäßigen Besuche in den Ortsteilen haben in der Vergangenheit maßgeblich zum „Hausfrieden“ beigetragen. So sind die Betreuer regelmäßig Ansprechpartner bei Fragen zu Schriftstücken, sie schlichten bei Streitigkeiten unter den Bewohnern, leiten zur Sauberkeit an und vermitteln Regeln zum Leben in Deutschland. Sie leisten Unterstützung, wo die Hausmeister oder die beiden Flüchtlingsbetreuerinnen nicht unmittelbar präsent sein können.

Seit September 2018 verzichtet die Stadt auf die Tätigkeiten des syrischen Dolmetschers, da Herr Z. den Arbeitsgeber gewechselt hat und der größte Teil der arabisch sprechenden Flüchtlinge sich inzwischen ausreichend verständigen kann.

Solange die Groß-Unterkünfte Am Landhagen, Westrickweg bestehen, sollte die Betreuung durch das DRK-Team fortgeführt und nur sukzessive, situationsangepasst aufgegeben werden.

Besondere Erfolge zeigen die Vermittlungsanstrengungen auf dem Arbeitsmarkt. Zusagen kommen zwar in erster Linie von Leiharbeits- und Zeitarbeitsfirmen, sind aber ein guter Einstieg für die Betroffenen. Besonders erfreulich sind die rd. 20 Vermittlungen in Auszubildungsverhältnisse, die zu diesem Ausbildungsjahr u.a. nach dem Besuch der Mach-Mit-Ausstellung mit Hilfe von Frau Radner gelungen sind. Vermittelt wurden sowohl junge Asylbewerber wie anerkannte Flüchtlinge.

Eine ausführliche Darstellung des breitgefächerten Aufgabenportfolios der Flüchtlingsbetreuung folgt unter dem TOP - Flüchtlingsbetreuung – Tätigkeitsbericht des Mütterzentrums 2018.

Rat und Unterstützung erfahren ebenso die Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe mit denen Frau Hesse und Frau Radner im ständigen Austausch stehen. Beide Seiten haben sich gut aufeinander eingestellt, wissen um die gegenseitigen Möglichkeiten und Grenzen in der Flüchtlingsbegleitung. Vor allem die Familien erhalten sehr viele Hilfen auf dem Weg in die Selbständigkeit und Integration durch die ehrenamtlichen Paten.

Weniger nachgefragt sind zur Enttäuschung der Ehrenamtlichen im Augenblick ehrenamtliche Hilfen beim Spracherwerb. Das nachlassende Interesse lässt sich zum Teil erklären mit inzwischen erworbenen Sprachkenntnissen, den guten Angeboten an Sprachkursen der VHS und diverser Bildungsträger sowie mit Arbeitsaufnahmen.

Wünschenswert aus Sicht der Schulen, Berufsschulen sind weitere Paten für Schulkinder oder Auszubildende.

Mit Hilfe der KOMM-AN-NRW Fördermittel und der zusätzlich möglichen städtischen Förderung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe stehen zur Zeit ausreichende Mittel zur Verfügung, um Projekte wie das

Integrations-Café und das Frauencafé in Oelde und Stromberg, die Sportgruppe, Räderwerkstatt zu unterstützen und den Ehrenamtlichen z.B. Fahrtkosten zu erstatten. Die Landesmittel werden vorrangig vor den städtisch bereitgestellten Mitteln zur Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe eingesetzt.

Ob das KOMM-AN Förderprogramm im gleichen Umfang in 2019 fortgesetzt und die Stadt Oelde erneut über Fördergelder i.H. von rund 7.500 € verfügen kann, ist im Augenblick offen. Vor diesem Hintergrund sollten im Etat ausreichend freiwillige Mittel eingestellt werden, um die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe weiter fördern zu können.

Die Kosten der Flüchtlingsbetreuung und Betreuung in den städtischen Unterkünften (DRK und eine Kraft Mütterzentrum) sind als sonstige Dienstleistungen erfasst unter 05.04.01.5291001.

Die Kosten für die zweite VZ-Stelle des Mütterzentrum sind wie bereits in den Vorjahren unter 05.04.03 5291001 mit dem Schwerpunkt Integration/Fortschreibung des Integrationskonzeptes veranschlagt.

5. Etatansätze 2019 im Bereich Asyl (05.04.01) – Integration (05.04.03)

Die Berechnung der Etatansätze 2019 gestaltet sich ähnlich schwierig wie in 2017 und 2018. Zwar darf weiterhin von relativ moderaten Neuzuweisungen von Flüchtlingen ausgegangen werden, aber der Stau der anhängigen Klagen vor den Verwaltungsgerichten sowie die nachfolgenden schwierigen Rückführungen von abgelehnten Asylbewerbern erschweren eine seriöse Planung.

Eine Entscheidung über die künftige Höhe der Landeszuweisungen (sogenannte FlüAG-Pauschale, mit der Bund und Land sich an den Flüchtlingskosten beteiligen) steht weiterhin aus, obwohl die Evaluation der Flüchtlingskosten in 2017 eindeutig belegt, dass die geltende Pauschale (866€/Monat/Person) die Kosten der Kommunen für Unterbringung, Versorgung der Flüchtlinge nicht deckt. Das Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW hat ergeben, dass der durchschnittliche, von sog. „Ausreißern“ bereinigte Nettoaufwand bei ca. 12.900 €/Leistungsempfänger/Jahr liegt, also ein Erstattungsbetrag von monatlich 1.075 € angemessen wäre.

Ebenfalls noch nicht entschieden ist über die Forderung der Kommunen, die Kosten für geduldete Flüchtlinge vollständig zu erstatten (bisher Zahlungsende nach Ablauf von drei Monaten nach Ausstellen der Duldung durch die Ausländerbehörde).

Die notwendigen Gesetzesänderungen sind angekündigt, aber noch nicht verabschiedet. Die Ertragsposition sollte daher im Laufe der nächsten Monate aufgestockt werden können.

Für die aktuelle Ermittlung der Etatansätze konnte daher nur der Wert aus 2017/2018 = 866€ pro Monat für jeden abrechnungsfähigen Flüchtling angenommen werden.

Folgende Annahmen liegen der Etatplanung 2019 zugrunde:
(gelistet sind nur die wesentlichen Ansätze)

Produktstelle	Bezeichnung	Berechnung	Ansatz 2019
05.04.01 4141001	Ertrag aus Landeszuweisung FlüAG	Schätzung, da Pauschale noch nicht angepasst.	1.200.000€
05.04.01 4321001	Benutzungsgebühren – nur erhoben bei SGB II Leistungen oder Einkommen	115 Personen x 130€/Platz x 12 Monate	190.000€
05.04.01 5291001	u.a. Dienstleistung DRK + 1. Stelle Mütterzentrum		200.000€ Tlw. refinanziert über 3,83% Anteil aus der FlüAG-Pauschale
05.04.01 5318001	Zuweisungen; Zuschüsse an übrige Bereiche	Ansatz vorgesehen für Integrationsprojekte	10.000€
05.04.01 5331001	Laufende Leistungen Asyl (Regelleistungen inkl. Krankenhilfe)	145 Personen x 9.600€/Jahr (ohne Kosten der Unterkunft)	1.400.000€
05.04.01 9999	Ersatzanschaffungen insbes. Elektrogeräte		37.000 €
05.04.03 5281001	Sonst. Aufwendungen für Sachleistungen	u.a. Sprachförderung, Integration, Förderung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe (9.000€ seit 2017)	22.800€
05.04.03 521001	Ansatz deckt v.a. Personalkosten der Integrationsarbeit/Fortschreibung des Integrationskonzeptes über Mütterzentrum Beckum e.V. je 0,5 Stellenanteile		80.000€

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5. Flüchtlingsbetreuung - Bericht 2018 des Mütterzentrums Beckum e.V. Vorlage: M 2018/500/4152

Das Mütterzentrum Beckum e.V. übernimmt seit November 2015 für die Stadt Oelde die Aufgabe der sozialpädagogischen Flüchtlingsbetreuung. Der zeitliche Umfang betrug zunächst 39 Wochenstunden, seit Januar 2016 dann 78 Wochenstunden (zwei Vollzeitstellen, wahrgenommen von Frau Hesse und Frau Radner). Aufgrund der rückläufigen Flüchtlingszahlen war es gerechtfertigt, den Umfang ab August 2018 um eine halbe Stelle auf nun 58,5 Wochenstunden zu reduzieren. Gleichzeitig wurde das Mütterzentrum mit der Aufgabe betraut, die Überarbeitung des Integrationskonzeptes der Stadt Oelde zu erstellen. Diese Aufgabe wird von Frau Radner im Umfang einer halben Stelle wahrgenommen, so dass der Umfang des Auftrags vorerst insgesamt bestehen bleibt.

Frau Radner stellt in der Sitzung den vertraglich vereinbarten Tätigkeitsbericht zur Flüchtlingsbetreuung für 2018 vor.

Dieser Tätigkeitsbericht und die PPP (Powerpoint-Präsentation) der Sitzung sind als Anlage beigefügt.

Herr Davot, ein Flüchtling aus dem Irak, berichtet über seinen Werdegang in Deutschland. Seit dem 21. Juli 2017 lebt er in Deutschland. Er hat durch die VHS-Sprachkurse die deutsche Sprache gelernt. Im

März 2018 wurde er in enger Begleitung durch Frau Radner auf einen Beruf vorbereitet. Die Firma Rössmann hat ihm sehr gut geholfen.

Frau Krause dankt Frau Radner sowie Herrn Davot für die lebhaften Vorträge und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

**6. Sachbericht zur Familienförderung 05.01.05 - Förderung der Seniorenarbeit - Ehrenamtsförderung allgemein 05.03.02
Vorlage: M 2018/500/4154**

Frau Gröver gibt einen Sachbericht über die Familienförderung 05.01.05, Produkt 5318013, über die Seniorenarbeit, Produkt 05.03.02 sowie über die Ehrenamtsförderung, Produkt 05.03.02.

Familienunterstützung Produktstelle 05.01.05 5318013

Im Rahmen der „Familienförderung“ liegen nur wenige Förderanfragen vor, seitdem über das Bildungs- und Teilhabepaket Klassenfahrten, Schulbücher und vor allem das Mittagessen im Ganztags an Schulen und Kindertagesstätten bezuschusst werden.

Nutznieser der kommunalen Förderung sind Familien mit behinderten Kindern oder besondere Einzelfälle, die nicht über das Bildungspaket gefördert werden können.

Abgerufen in 2018 wurden bisher rd. 702 € von insgesamt 2.500€.

Seniorenarbeit - Ehrenamtsförderung 05.03.02 diverse Produktstellen

Der gute Besuch aller regelmäßigen Angebote des SeniorenForumsOelde (u.a. Spieletreff, Sonntags-Café, Internet-Café, Kinobesuch) zeigt den Bedarf an wiederkehrenden Teilhabemöglichkeiten und spricht für die Seniorinnen und Senioren, die sich hier regelmäßig ehrenamtlich engagieren und die Stadt bei der Aufgabe unterstützen, Teilhabemöglichkeiten im Alter vorzuhalten.

Aktuell wird für den Bunten Nachmittag am 05.12.2018 im Bürgerhaus intensiv geprobt.

Besonders die Vermittlung von hauswirtschaftlichen Diensten - Ansprechpartnerin ist Anne Quante – wird sehr stark in Anspruch genommen. Die große Nachfrage nach kurzfristigen Hilfen im Haushalt/Garten kann jedoch nicht immer gedeckt werden. Hilfen im häuslichen Bereich werden grundsätzlich gegen Entgelt (450€-Basis) vermittelt, auf ehrenamtlicher Basis bietet die Gruppe „Hand in Hand“ Begleitung im Alltag an. Auch diese niedrigschwelligen Hilfen sind stark nachgefragt.

Für 2019 zeigt eine Jahresübersicht die Vielzahl der regelmäßigen, ehrenamtlich organisierten und begleiteten Teilhabemöglichkeiten im Oelder Süden und Oelder Norden. Weitere Angebote bieten die Kirchengemeinden und etliche Vereine in der Innenstadt wie in den Ortsteilen. Diese Übersicht soll über das Oelder Schaufenster verteilt und bei den Hausbesuchen im Rahmen des Projektes „Besser jetzt – gut beraten ins Alter“ genutzt werden.

Gemeinsam mit der Pflegeberatung des Kreises Warendorf wird dieses Projekt ab 2019 bis 2020 in Oelde durchgeführt. Geplant ist, zeitversetzt alle Bürgerinnen und Bürger über 75 Jahre anzuschreiben und ihnen einen Hausbesuch zur persönlichen Beratung in den eigenen vier Wänden anzubieten. Diesen Hausbesuch wird die Pflegeberatung (Frau Baldus) des Kreises Warendorf durchführen.

Auftaktveranstaltung ist am 29.1.2018 im Bürgerhaus. Das Projekt wird über das ganze Jahr in eine Vortragsreihe der VHS eingebunden und mit einem entsprechenden Flyer für das Gesamtprojekt in der breiten Öffentlichkeit geworben.

Ehrenamtszentrale

Die zweite Kooperationsvereinbarung mit dem Sozialdienst Katholischer Frauen (SKF) zur Zusammenarbeit in der Ehrenamtszentrale ist zum 01.07.2018 für weitere drei Jahre bis 30.06.2021 abgeschlossen worden. Für die Dienstleistung ist eine Vergütung von 25.497,56€ vereinbart, da Fördermittel aus Kirchengeldern nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die Vereinbarung über die Fortsetzung der seit 2016 bestehenden Kooperation war notwendig, weil innerhalb der Stadt Oelde kein geeignetes Personal zur Verfügung steht, dass auf Dauer die Begleitung, Koordination, Einwerbung von Ehrenamtlichen leisten kann. Es zeigt sich zunehmend eine geänderte Einstellung zum Ehrenamt, weg von einer langfristigen Bindung z.B. an einen Verein oder an eine Kirche, hin zu einem befristeten Engagement. Um diesem Trend zu begegnen, bestehendes Engagement in Oelde dauerhaft zu erhalten und neue Ehrenamtler zu werben, ist aus Sicht der Verwaltung eine professionelle Koordination weiterhin erforderlich.

Die bisherige Mitarbeiterin des SKF, Frau Nadine Deiters, hat sich zum 01.11.18 beruflich neu orientiert. Frau Esther Luppe übernimmt an ihrer Stelle die Koordinationsaufgaben in der Ehrenamtszentrale.

Etatansätze 2019

Der Gesamtansatz im Produkt 05.03.02 Seniorenarbeit liegt bei 44.800 €. Mit dem Ansatz können alle bisherigen Angebote in der Seniorenarbeit einschließlich Danke-Schön-Veranstaltung im Ehrenamt, ein Bunter Nachmittag aufrecht erhalten bleiben.

Zur Förderung des Ehrenamtes in der Flüchtlingshilfe siehe TOP Integration bzw. Produkt 05.04.03.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7. Etatansätze 2019 Produktbereich 05 - Soziale Leistungen, hier: Freiwillige Leistungen Vorlage: B 2018/500/4158

Frau Gröver teilt mit, dass zur besseren Übersicht in der nachfolgenden Aufstellung alle freiwilligen Leistungen im Produktbereich 05 – Soziale Leistungen aufgeführt sind.

Ermittelt wurde der jeweils durch Verträge, und bestehende Jahresplanungen sog. Fixe Anteil innerhalb den freiwilligen Leistungen. Der noch nicht festverplante Anteil dient als Reserve, um im Laufe des Jahres z.B. in der Integrationsarbeit und der Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe flexibel reagieren zu können, wenn keine Fördermittel des Landes (KOMM AN-Förderung) oder von anderer Stelle zur Verfügung stehen.

Weitere Erläuterungen und Begründungen zu den Positionen im Etatentwurf enthalten die Sachberichte der heutigen Sitzung.

Produkt/ Bezeichnung	Etatansatz 2019	Bemerkung Fixum im Ansatz	Bemerkung Variabler Anteil
05.01.05 5318013 Familienunterstützung	2.500 €	0 €	2.500 €
Produkt 05.03.02 – Seniorenarbeit/ Förderung des Ehrenamtes – diverse Produktstellen	44.800€	Versicherungen: 2.700 € Telefon: 1.100 € Veranstaltung Senioren u. Ehrenamt: 3.500 € Auslagen im Ehrenamt: 5.000 €	4.000 €

Darunter in 05.03.02 5291001		Projekt: Besser jetzt – gute beraten ins Alter: 3.000€ Enthalten v.a. Ehrenamtszentrale mit Kooperation mit SKF € p.a.= rd. 25.500 € Gesamtfixum: 40.300 €	
Produkt 05.04.01 5291001 – Asyl / Aufwendungen für Dienstleistungen	200.000 €	Darin enthalten: Kosten der Betreuung an den Großunterkünften durch DRK + 1 VZ Stelle Flüchtlingsbetreuung Mütterzentrum sonst. Dienstleistungen im Rahmen von Unterhaltung ÜHeime Gesamtfixum: 200.000 €	0 €
Produkt 05.04.01 5318001 – Asyl / Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	10.000 €	Aus dem Ansatz können Projekte im Rahmen der Integrationsarbeit gefördert werden – zusätzlich bereitgestellt in 2017 Gesamtfixum: 0 €	10.000 €
Produkt 05.04.03 5281001 Sachleistungen für Sprachförderung, Integration, Ehrenamt Flüchtlingshilfe	22.800 €	Hier enthalten: zusätzliche Förderung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe mit 9.000€; Sprachförderung für Asylbewerber mit 7.500€; sonst. Integrationsarbeit Gesamtfixum: 16.500 €	6.300 €
05.04.03 5291001 Förderung von Trägern mit sozialer Zielsetzung/ Integration	80.000 €	Darin enthalten: u.a.1 VZ Stelle lt. Kooperationsvertrag mit Mütterzentrum (0,5 Stelle Koordination Integration + 0,5 Stelle Flüchtlingsbetreuung (Gesamtfixum: 76.000 €	4.000 €
05.04.03 5371001 Förderung von Trägern mit sozialer Zielsetzung / Aufwendungen für Zuschüsse an private Unternehmen	32.500 €	Betrag durch Vertrag bzw. Ratsbeschluss festgeschrieben. Gesamtfixum: 32.500 €	0 €

Gesamtsumme:	392.600 €	365.800,00 €	26.800 € Insgesamt: davon: Familienunterstützung: 2.500€ Ehrenamtsförderung/ Seniorenarbeit: 4.500€ Integration: 20.300€
---------------------	------------------	---------------------	--

Beschluss:

Der Ausschuss unterstützt die Etatansätze des Haushaltsplanentwurfs für freiwillige Leistungen im Produktbereich 05 bei 11 Ja-Stimmen und einer Enthaltung und verweist diese zur weiteren Beratung in den Finanzausschuss.

8. Verschiedenes**8.1. Mitteilungen der Verwaltung**

- Frau Gröver berichtet, dass die Arbeitsgruppe „hausärztliche Versorgung“ am 24.10.2018 in Oelde getagt hat. Die nächste Sitzung findet am 16. Januar statt. Es sollen von der Arbeitsgruppe verschiedene Möglichkeiten vorgestellt werden, um mit dem Kreis Warendorf zu kooperieren.
- Frau Krause teilt mit, dass die Termine für die Adventsbesuche fast alle dem Sozialamt zurückgemeldet worden sind. Die Liste wird während der heutigen Sitzung an die Ausschussmitglieder gegeben, damit man sich in die Teilnehmerliste eintragen kann.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8.2. Anfragen an die Verwaltung

- Frau Stepien fragt an, wie viele Personen z.Zt. in Oelde obdachlos gemeldet sind. Frau Gröver teilt mit, dass dem Ordnungsamt 15 Personen bekannt sind. Die Personen, die Leistungen vom Jobcenter erhalten, sind nicht bekannt.
- Herr Westerwalbesloh erkundigt sich über den Stand der Sozialraumanalyse. Frau Gröver teilt mit, dass die Ergebnisse zusammen gestellt worden sind. Eine wichtige Feststellung ist die, dass ein relativ geringes Angebot an Wohnungen für ältere Personen vorhanden ist. Um ein attraktives Wohnumfeld zu erhalten, sollten auch mehr Sitzbänke aufgestellt werden. Herr Westerwalbesloh weist auf den Innenstadt-Masterplan hin, der auch den Bau des neuen von-Galen-Heimes beinhaltet. Außerdem geht es dabei um die Überplanung des Feuerwehrgeländes sowie dem Denkmalschutz.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Hiltrud Krause
Vorsitzende

Hannelore Rampelmann
Schriftführerin